

## Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis .....	37
Fallverzeichnis .....	57
Glossar der wichtigsten verwendeten Ausdrücke .....	63
Einführung	
Problemstellung und kriminalgeografische Verortung .....	69
A. Der nationale Strafprozess vor der Herausforderung durch transnationale organisierte Kriminalität .....	71
I. Einführung in die Themenstellung .....	71
II. Methodische Grundlagen .....	78
B. Russische organisierte Kriminalität als Prototyp transnationaler organisierter Kriminalität .....	84
I. Vorbemerkung .....	84
II. Annäherung an ein Kriminalitätsphänomen .....	85
III. Russische organisierte Kriminalität in Europa .....	94
IV. Russische organisierte Kriminalität in Nordamerika .....	111
V. Ansätze zu einer globalen Analyse transnationaler organisierter Kriminalität .....	121
VI. Bilanz und Kritik am Forschungsstand .....	123
Erster Teil	
Prozessuale Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Strafsachen .....	127
A. Konzept eines transnationalen Strafprozessrechts .....	129
I. Einführung .....	129

II. Begriff des transnationalen Strafprozessrechts .....	129
III. Konzeptueller Rahmen der Untersuchung .....	145
<b>B. Innerprozessualer Raum als »Normalfall« des Strafprozesses im inländisch-staatlichen Bereich .....</b>	<b>165</b>
I. Einführung .....	165
II. Auswahl der zu untersuchenden Strafprozessordnungen .....	166
III. Konzeptualisierung des prozessualen Raums »nach innen« .....	169
IV. Verfahrensgang und normative Anforderungen an die Kognition ....	185
V. Zusammenfassung .....	218
<b>C. Innerprozessualer Raum im ausländisch-staatlichen Bereich ..</b>	<b>219</b>
I. Einführung .....	219
II. Übergreifende Überlegungen zur Bestimmung der extraterritorialen Geltung von Strafprozessrecht .....	220
III. Spektrum rechtlicher Lösungen zur Erstreckung des innerprozessualen Raums auf ausländisch-staatliche Beweiserhebungen .....	231
IV. Einfluss der richterlichen Aufklärungspflicht auf die Reichweite des extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – deutsches Prozessrecht als Beispiel .....	251
V. Gesamtergebnis .....	277
<b>D. Prozessuale Anforderungen an Rechtshilfeersuchen .....</b>	<b>280</b>
I. Einführung .....	280
II. Rückwirkung völkerrechtlicher Grundsätze auf die Verfahrensrechte der Prozessbeteiligten .....	281
III. Materiellrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe .....	283
IV. Prozessrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe	309
V. Gesamtergebnis .....	331
<b>E. Prozessuale Anforderungen an die Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien .....</b>	<b>333</b>
I. Einführung .....	333
II. Anpassung des inländischen Verwertungsrechts an die Rechtshilfezusammenarbeit .....	333
III. Stellenwert der Verfahrensfairness .....	336
IV. Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des materiellen Rechts .....	338
V. Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des Prozessrechts .....	357
VI. Gesamtergebnis .....	375

F.	Zwischenergebnis Erster Teil und Ausblick .....	378
----	---	-----

## Zweiter Teil

	Gefährdung der prozessualen Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit durch den Primat des Staats- und Völkerrechts ...	381
--	--	-----

A.	Stellenwert der Rechtshilfe bei der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität .....	383
I.	Einführung .....	383
II.	Unterscheidung zwischen grenzüberschreitender Amts- und Rechtshilfe nach Akteuren .....	384
III.	Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in Theorie und Praxis .....	395
IV.	Formen grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität ..	406
V.	Gesamtergebnis .....	426
B.	Regional gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminal- geografischen Raum russischer organisierter Kriminalität ....	430
I.	Überblick .....	430
II.	Grundlagen des verwendeten kartografischen Ansatzes .....	430
III.	Europarat .....	433
IV.	Europäische Union .....	442
V.	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten .....	460
VI.	Zwischenbilanz .....	478
C.	Regional nicht gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminalgeografischen Raum russischer organisierter Kriminalität .....	481
I.	Vorbemerkung .....	481
II.	Rechtshilfepraxis der USA .....	481
III.	Rechtshilfebeziehungen im Rahmen der Vereinten Nationen .....	511
IV.	Ergebnis der Bestandsaufnahme .....	516
D.	Stellenwert und Funktion innerstaatlicher Bewilligungs- verfahren für die Rechtshilfe .....	522
I.	Unterschiedliche Sichtweisen des Rechtshilferechts .....	522
II.	Innerstaatliche Bewilligungsverfahren in Westeuropa .....	527
III.	Verzicht auf Bewilligungsverfahren in den USA .....	549

IV. Ergebnis und dogmatische Vertiefung .....	550
E. Perspektiven einer Rückkehr zu den prozessualen Grundlagen der Rechtshilfe .....	560
I. Einführung .....	560
II. Effektivierung traditioneller Rechtshilfe .....	561
III. Relativierung des traditionellen rechtshilferechtlichen Ansatzes .....	571
IV. Bilanz .....	612
F. Zwischenergebnis Zweiter Teil und Ausblick .....	615
Dritter Teil	
Konstruktion eines transnationalen Strafprozessrechts .....	619
A. Prozessuale Vermittlung im Rahmen überlieferter Instrumente der Rechtshilfезusammenarbeit .....	621
I. Einführung und Begriffsklärung .....	621
II. Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Gewinnungssituation ..	622
III. Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Verwertungssituation ..	628
IV. Ergebnis .....	653
B. Stellenwert der Menschenrechte in der Rechtshilfe- zusammenarbeit .....	655
I. Einführung .....	655
II. Hindernisse für eine menschenrechtliche Sensibilisierung der Rechtshilfезusammenarbeit .....	655
III. Fragmentarischer Charakter des Menschenrechtsschutzes im untersuchten kriminalgeografischen Raum .....	664
IV. Ergebnis .....	673
C. Prozessuale Vermittlung durch Einstrahlung menschenrechtlicher Schutzpflichten .....	675
I. Einführung .....	675
II. Verwertungsrechtliche Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Gewinnungssituation .....	676
III. Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Verwertungssituation, insbesondere aus <i>fair trial</i> -Sicht .....	682
IV. Ergebnis .....	699

D. *Fair trial*-Standards der EuMRK in der Zusammenarbeit mit Nicht-Konventionsstaaten ..... 700

    I. Einführung ..... 700

    II. *Fair trial*-wahrender Inhalt eines forum regit actum-Ersuchens ..... 700

    III. *Fair trial*-wahrende Verwertungsbeschränkungen des ersuchten Staates ..... 701

    IV. Ergebnis ..... 712

  

Gesamtergebnis ..... 713

Ergebnisthesen ..... 719

Literaturverzeichnis ..... 725

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	37
Fallverzeichnis .....	57
Glossar der wichtigsten verwendeten Ausdrücke .....	63
Einführung	
Problemstellung und kriminalgeografische Verortung .....	69
A. Der nationale Strafprozess vor der Herausforderung durch transnationale organisierte Kriminalität .....	71
I. Einführung in die Themenstellung .....	71
1. Anlass und Ziel der Untersuchung .....	71
2. Gang der Untersuchung .....	75
II. Methodische Grundlagen .....	78
1. Kriminologie .....	78
2. Rechtssoziologie .....	80
3. Strafprozessrechtsvergleichung sowie Völker- und Europarecht ..	81
B. Russische organisierte Kriminalität als Prototyp transnationaler organisierter Kriminalität .....	84
I. Vorbemerkung .....	84
II. Annäherung an ein Kriminalitätsphänomen .....	85
1. Begriffsklärung .....	85
a) »Organisierte Kriminalität« .....	85
b) »Transnationale organisierte Kriminalität« .....	87
c) »Russische organisierte Kriminalität« .....	89
2. Kriminologische Erklärungsmodelle .....	90
a) Methodische Probleme .....	90
b) Expansionsstrategien russischer organisierter Kriminalität ..	92
c) Struktur russischer organisierter Kriminalität im Ausland ...	93
III. Russische organisierte Kriminalität in Europa .....	94
1. Deutschland – ein Beispiel für »hartes Eindringen«? .....	94

a)	Definition organisierter Kriminalität und Lagebilderfassung .	94
b)	Russische organisierte Kriminalität im Spiegel polizeilicher Lagebilder .....	96
aa)	Quantitative Indikatoren .....	96
bb)	Qualitative Indikatoren .....	97
c)	Weitere Beschreibungen organisierter Kriminalität .....	99
aa)	Bedrohungsszenarien .....	99
bb)	Gemeinsame Lagebilder Justiz / Polizei .....	100
cc)	Periodischer Sicherheitsbericht .....	101
d)	Russische organisierte Kriminalität im Brennpunkt Berlin ...	101
e)	Zusammenfassung .....	103
2.	Schweiz und Italien – Beispiele für »weiches Eindringen«?	103
a)	Schweiz .....	103
b)	Italien .....	106
3.	Gesamteuropäische Lagebilder organisierte Kriminalität .....	107
a)	Europol .....	107
b)	Europarat .....	110
IV.	Russische organisierte Kriminalität in Nordamerika .....	111
1.	USA – ein Beispiel für »hartes Eindringen«?	111
a)	Definition organisierter Kriminalität und Bedrohungs-szenarien .....	111
b)	Bedrohungspersonen russischer organisierter Kriminalität im Wandel .....	113
aa)	Russische organisierte Kriminalität als Einwanderer-kriminalität .....	113
bb)	Russische organisierte Kriminalität als transnationales Phänomen .....	116
c)	Zusammenfassung .....	119
2.	Kanada – ein Beispiel für »weiches Eindringen«?	119
V.	Ansätze zu einer globalen Analyse transnationaler organisierter Kriminalität .....	121
1.	Interpol .....	121
2.	Vereinte Nationen .....	122
VI.	Bilanz und Kritik am Forschungsstand .....	123

## Erster Teil

### Prozessuale Grundlagen grenzüberschreitender

Zusammenarbeit in Strafsachen .....	127
-------------------------------------	-----

A. Konzept eines transnationalen Strafprozessrechts .....	129
---	-----

I. Einführung .....	129
---------------------	-----

II. Begriff des transnationalen Strafprozessrechts .....	129
--	-----

1.	Ideengeschichtliche Verortung und Definition .....	129
a)	»Internationales Strafprozessrecht« .....	129
b)	»Internationales Zivilprozessrecht« als maßgeblicher Referenzbegriff .....	131
c)	»Transnationales Strafprozessrecht« .....	133
d)	Abschließende Definition .....	134
2.	»International-arbeitsteiliges Verfahren« als konkurrierender Begriff? .....	134
a)	Grundidee .....	134
b)	Prozessuale Verknüpfung von Ausgangsprozess und Indiziengewinnung im Ausland .....	135
	(aa) Grenzen der »non-inquiry« .....	136
	(bb) Wesensverschiedenheit der sonstigen Rechtshilfe .....	138
c)	Menschenrechtliche Verknüpfung von Ausgangsprozess und Indiziengewinnung im Ausland .....	138
d)	Ergebnis .....	140
3.	Sonstige Rechtshilfe als traditioneller Rahmen der Zusammenarbeit .....	140
a)	Grundlagen .....	140
b)	Problem der <i>transplant</i> -Effekte .....	142
4.	Zusammenfassung .....	144
III.	Konzeptueller Rahmen der Untersuchung .....	145
1.	Spannungsverhältnis von Justizförmigkeit und Effizienzorientierung .....	145
a)	Grundsätzliches .....	145
b)	Fallkonstellation: Manipulation durch ersuchten Staat .....	146
c)	Fallkonstellation: Manipulation durch ersuchenden Staat .....	148
2.	Interkulturelle Dimensionen der Rechtshilfезusammenarbeit .....	149
a)	Grundlagen eines Rechtskulturenvergleichs .....	149
b)	Prozessuale Fairnesskultur im Vergleich .....	151
	aa) Einführung .....	151
	bb) Kontinentaleuropa .....	152
	cc) USA .....	155
	dd) Veranschaulichung prozessualer Fairnesskultur .....	159
3.	Konzeptualisierung eines Untersuchungsrahmens .....	161
B.	Innerprozessualer Raum als »Normalfall« des Strafprozesses im inländisch-staatlichen Bereich .....	165
I.	Einführung .....	165
II.	Auswahl der zu untersuchenden Strafprozessordnungen .....	166
1.	Repräsentanten der Rechtstraditionen von <i>civil law</i> und <i>common law</i> : Deutschland und USA (Bundesrecht) .....	166
2.	Transitionsmodelle: Russland und Italien .....	169
3.	Ergänzende Betrachtung weiterer Rechtsordnungen .....	169



III. Konzeptualisierung des prozessualen Raums »nach innen«	169
1. Kriterien für den Beginn von Strafprozess	169
a) Reichweite der Kodifikation	169
b) Erste Begründung der Stellung eines Prozessbeteiligten	170
c) Inkulpation aus Sicht des Menschenrechts auf einen <i>fair trial</i>	170
d) Zusammenfassung und Ausblick	172
2. Auslandsrechtliche Vertiefung: der Strafprozess nach	
U.S.-Bundesrecht	173
a) Reichweite der Kodifikation	173
aa) Federal Rules of Criminal Procedure	173
bb) Federal Rules of Evidence	175
b) Begründung der Beschuldigtenstellung	176
c) Ergebnis	178
3. Auslandsrechtliche Vertiefung: der Strafprozess nach	
russischem Recht	178
a) Reichweite der Kodifikation	178
b) Gesetzliche Anerkennung operativer Ermittlungen	179
c) Begründung der Beschuldigtenstellung	182
aa) Formelle Inkulpation	182
bb) Verleihung prozessualer Rechte an den »Verdächtigen«	182
cc) Auswirkungen operativer Ermittlungen	182
d) Ergebnis	184
4. Zusammenfassung	184
IV. Verfahrensgang und normative Anforderungen an die Kognition	185
1. Einführung	185
2. Deutschland	186
a) Grundzüge des Verfahrensgangs	186
b) Normative Anforderungen an die Kognition	186
3. Russland	189
a) Verfahrensgang	189
aa) Prozessualer Paradigmenwechsel	189
bb) Gliederung in Verfahrensstadien	190
α) Vorgerichtliches Verfahren	190
β) Zwischenverfahren	193
γ) Hauptverfahren	193
b) Normative Anforderungen an die Kognition	195
4. USA	197
a) Verfahrensgang	197
aa) Staatsanwaltliche Ermittlungen, insbesondere unter	
Einschaltung einer <i>grand jury</i>	197
bb) Anklage und Zwischenverfahren	198
cc) Überprüfung der Anklage durch die <i>grand jury</i>	199
dd) Vorgerichtliches Verfahren	200
ee) Hauptverhandlung	202
b) Normative Anforderungen an die Kognition	203

aa) Einführung .....	203
bb) Normative Anforderungen in der <i>investigative grand jury</i> .....	204
α) Prozessuale Situation .....	204
β) Erster Problemkreis: Aussageverpflichtung von Zeugen aufgrund bemakelter Indizien? .....	204
αα) Ausschluss der Verwertung wegen Bemakelung aufgrund Verstoßes gegen einfaches Recht .....	204
ββ) Verwertbarkeit trotz Bemakelung aus Sicht des Verfassungsrechts .....	206
γ) Zweiter Problemkreis: Verwertbarkeit von <i>incompetent evidence</i> ? .....	209
cc) Normative Anforderungen bei der Erwirkung eines gerichtlichen Durchsuchungs- bzw. Beschlagnahme-beschlusses oder eines Haftbefehls .....	210
α) Prozessuale Situation .....	210
β) Beweisrechtlicher Maßstab .....	211
γ) Materiellrechtlicher Maßstab .....	213
dd) Normative Anforderungen in <i>preliminary hearing</i> und <i>grand jury review</i> .....	214
α) Prozessuale Situation .....	214
β) Beweisrechtlicher Maßstab .....	215
γ) Materiellrechtlicher Maßstab .....	216
5. Ergebnis .....	217
V. Zusammenfassung .....	218
 C. Innerprozessualer Raum im ausländisch-staatlichen Bereich ..	219
I. Einführung .....	219
II. Übergreifende Überlegungen zur Bestimmung der extraterritorialen Geltung von Strafprozessrecht .....	220
1. Traditionelle Unterschiede zwischen <i>civil law</i> - und <i>common law</i> -Rechtsordnungen .....	220
a) Lokale Verwurzelung des Strafprozesses .....	220
b) Sensibilisierung für Hoheitsfragen aus der jeweils eigenen prozessualen Perspektive .....	221
2. Rechtliche Faktoren zur Bestimmung der Grenze des innerprozessualen Raums im ausländisch-staatlichen Bereich ....	222
a) Spannungsverhältnis zwischen Verfahrensordnung und prozessualem Gebot der Achtung fremder Gebietshoheit ....	222
b) Prozessuales Gebot zur Achtung fremder Gebietshoheit ....	223
aa) Innerstaatlicher Geltungsgrund .....	223
bb) Einfluss außerprozessualer Faktoren .....	224
α) Staatenpraxis .....	224
β) Auslegungsprimat der Exekutive .....	226

cc) Eingang in den Prozess nach prozessrechtlichen Bewertungskriterien .....	228
c) Prozessuale Grundlagen des Herbeischaffens auslands- belegener Indizien .....	229
3. Zusammenfassung .....	231
III. Spektrum rechtlicher Lösungen zur Erstreckung des inner- prozessualen Raums auf ausländisch-staatliche Beweiserhebungen ...	231
1. Fragestellung .....	231
2. Weitgehende Anerkennung eines extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – das Beispiel des Strafprozesses nach U.S.-Bundesrecht .....	232
a) Einführende Strukturüberlegungen .....	232
b) Herbeischaffen auslandsbelegener Beweismittel im Wege der <i>subpoena</i> .....	233
aa) Rechtliche Grundlage .....	233
bb) Gefahr der Kollision mit fremder Gebietshoheit .....	234
cc) Ergebnis .....	237
c) Herbeischaffen auslandsbelegener Indizien im Wege der <i>deposition</i> .....	237
aa) Rechtliche Grundlagen .....	237
bb) Durchführung einer <i>deposition by commission</i> im Ausland .....	240
cc) Ergebnis .....	241
d) Herbeischaffen auslandsbelegener Indizien im Wege der Rechtshilfe .....	241
e) Ergebnis: Kriterien für die Ausübung des gerichtlichen Auswahlermessens .....	243
3. Strikter Ausschluss des extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – das Beispiel des Strafprozesses nach russischem Recht .....	244
a) Einführende Strukturüberlegungen .....	244
b) Unmittelbares Herbeischaffen auslandsbelegener Indizien auf prozessualen Wege? .....	246
c) Ergebnis .....	249
4. Rechtsvergleichende Betrachtung .....	250
IV. Einfluss der richterlichen Aufklärungspflicht auf die Reichweite des extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – deutsches Prozessrecht als Beispiel .....	251
1. Einführende Strukturüberlegungen .....	251
2. Reichweite des innerprozessualen Raums im Hinblick auf ausländisch-staatliche Beweiserhebungen .....	252
a) Explizite Vorschriften im Prozessrecht .....	252
b) Anwendbarkeit inländischen Prozessrechts aufgrund konsularischer Rechtshilfe .....	253
aa) Rechtliche Grundlagen .....	253

bb) Entscheidung über die Inanspruchnahme konsularischer Rechtshilfe .....	255
c) Entscheidung über die Art und Weise des Herbeischaffens auslandsbelegener Indizien .....	256
d) Zusammenfassung .....	259
3. Insbesondere: Herbeischaffen der Aussage eines Auslandszeugen ..	260
a) Zulässigkeit der unmittelbaren Ladung vor das erkennende Gericht? .....	260
aa) Zivilprozess .....	260
bb) Strafprozess .....	262
cc) Ergebnis .....	265
b) Sonderfälle der Ladung im Strafprozess .....	266
aa) Stellung des Zeugen durch den Angeklagten .....	266
bb) Selbstladerecht des Angeklagten .....	266
cc) Ladung vor den ersuchten Richter in das Inland .....	268
d) Fernvernehmung eines Zeugen im Ausland .....	269
aa) Schriftliche Beantwortung einer Beweisfrage .....	269
α) Zivilprozess .....	269
β) Strafprozess .....	270
γ) Ergebnis .....	271
bb) Audiovisuelle Vernehmung .....	272
α) Zivilprozess .....	272
β) Strafprozess .....	274
γ) Ergebnis .....	276
4. Zusammenfassung .....	276
V. Gesamtergebnis .....	277
 D. Prozessuale Anforderungen an Rechtshilfeersuchen .....	280
I. Einführung .....	280
II. Rückwirkung völkerrechtlicher Grundsätze auf die Verfahrensrechte der Prozessbeteiligten .....	281
1. Grundsatz <i>locus regit actum</i> .....	281
2. Anwendbarkeit des Prozessrechts als <i>lex fori</i> .....	282
3. Zusammenfassung .....	283
III. Materiellrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe .....	283
1. Rechtliche Voraussetzungen in <i>civil law</i> -Ländern .....	283
a) Vorrang der völkerrechtlichen Verpflichtungsermächtigung ..	283
b) Vorrang der innerstaatlichen Befugnisnorm .....	285
aa) Ausdrückliche gesetzliche Regelung .....	285
bb) Rechtsprechungslösung, insbesondere in Deutschland ..	285
α) Erledigung eines Ersuchens nach abweichendem ausländischen Recht kein Hindernis .....	286
β) Abschneiden von Umgehungsmöglichkeiten .....	288

(αα) Umgehung im Gewand einer <i>forum regit actum</i> -Bitte	288
(ββ) Fälle direkter Umgehung heimischen Rechts	288
c) Umsetzung des Ergebnisses in die Kategorien des Prozessrechts	289
2. Rechtliche Voraussetzungen in <i>common law</i> -Ländern	289
a) Vorbemerkung	289
b) Lösung nach kanadischem Verfassungsrecht	290
c) Lösung nach U.S.-amerikanischem Verfassungsrecht	292
aa) Anzulegende rechtliche Maßstäbe	292
bb) Insbesondere: Title III als Maßstab	293
cc) Insbesondere: 4. Amendment U.S.-Verf. als Maßstab	294
d) Ergebnis	295
3. Insbesondere: Disziplinierung der Strafverfolgungsbehörden in der grenzüberschreitenden polizeilichen Amtshilfe nach U.S.-Recht	295
a) Einführung	295
b) Das <i>silver platter</i> -Problem als historischer Ausgangspunkt	297
c) Eingreifen des Beweisverwertungsverbots des 4. Amendments bei polizeilicher Amtshilfe im Ausland	299
aa) Ausschluss extraterritorialer Wirkung	299
bb) Abwägungslösung	300
cc) Strenge Lösung	302
dd) Ergebnis	305
d) Übertragbarkeit des Ergebnisses auf die Rechtshilfe	305
aa) Hindernisse	305
bb) Hypothetische Auswirkungen einer Übertragbarkeit	306
e) Ergebnis	307
4. Rechtsvergleichende Betrachtung	308
IV. Prozessrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe	309
1. Rechtliche Voraussetzungen in <i>civil law</i> -Ländern	309
2. Rechtliche Voraussetzungen in <i>common law</i> -Ländern	311
a) Einführung	311
b) Richterliche Anordnung für Durchsuchungen im Ausland?	312
aa) Lösung im Bereich grenzüberschreitender polizeilicher Amtshilfe: <i>United States v. Verdugo-Urquidez</i>	312
α) Prozessgeschichte	312
β) Argumente	313
bb) Ergebnis	315
c) Geltung der inländischen Anforderungen an das Herbei- schaffen der Aussage eines Auslandszeugen im Wege der <i>deposition</i> ?	316
aa) Überblick über die einschlägigen prozessrechtlichen Anforderungen	316
α) Einführung	316

β)	Insbesondere: Konfrontationsrecht und hearsay rule . . . .	316
bb)	Explizite Anforderungen in Rule 15 FRCrimP . . . . .	318
cc)	Weitergehende Anforderungen aus dem Konfrontationsrecht des Beschuldigten . . . . .	322
(α)	Exkurs 1: Zuverlässigkeitsanzeichen statt Konfrontation? . . . . .	322
(β)	Exkurs 2: Konfrontation »von Angesicht zu Angesicht« . . . . .	326
dd)	Ergebnis: Konsequenzen für die Durchführung einer <i>deposition</i> im Ausland . . . . .	328
a)	Technische Lösungen . . . . .	328
β)	Bedeutung absehbarer Mängel . . . . .	329
3.	Rechtsvergleichende Betrachtung . . . . .	330
V.	Gesamtergebnis . . . . .	331
E.	Prozessuale Anforderungen an die Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien . . . . .	333
I.	Einführung . . . . .	333
II.	Anpassung des inländischen Verwertungsrechts an die Rechtshilfeszusammenarbeit . . . . .	333
1.	Hauptprobleme bei der Verwertung im Ausland gewonnener Indizien . . . . .	333
a)	Auswirkungen des Fehlens expliziter Verwertungsregeln . . . .	333
b)	Verschiebung des Problemschwerpunkts auf die Unbemakeltheit nach ausländischem Recht . . . . .	334
2.	Keine kollisionsrechtliche Lösung . . . . .	335
3.	Zusammenfassung . . . . .	336
III.	Stellenwert der Verfahrensfairness . . . . .	336
1.	Verfahrensfairness im europäischen und internationalen Strafprozessrecht . . . . .	336
2.	Hypothesen für die weitere Untersuchung . . . . .	337
IV.	Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des materiellen Rechts . . . . .	338
1.	Rechtliche Voraussetzungen in <i>civil law</i> -Ländern . . . . .	338
a)	Ausdrückliche gesetzliche Regelung der Verwertungsfrage – das Beispiel des russischen Rechts . . . . .	338
aa)	Rechtslage zur Zeit der Geltung des UPK RSFSR . . . . .	338
bb)	Rechtslage nach Inkrafttreten des UPK RF . . . . .	340
cc)	Ergebnis . . . . .	342
b)	Lösung der Verwertungsfrage durch die Rechtsprechung angesichts fehlender gesetzlicher Regelung – das Beispiel des deutschen Rechts . . . . .	342
aa)	Grundzüge der Revisionsrechtsprechung . . . . .	342
bb)	Rechtsprechung im Detail . . . . .	343

a)	Materiellrechtliche Anforderungen im Ausland weniger streng als in Deutschland .....	343
b)	Materiellrechtliche Anforderungen im Ausland strenger als in Deutschland .....	345
cc)	Diskussion .....	346
dd)	Ergebnis .....	348
2.	Rechtliche Voraussetzungen in Rechtsordnungen des <i>common law</i> .....	349
a)	Gemeinsame Ansätze .....	349
aa)	Traditionelle Gleichgültigkeit gegenüber der Rechtswidrigkeit der Indiziengewinnung .....	349
bb)	Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Verfahrensfairness .....	350
cc)	Integrität des Verfahrens als Verwertungsmaßstab .....	351
b)	Besonderheiten im U.S.-amerikanischen Recht .....	353
aa)	Verfassungsrechtliche Prägung materiellrechtlicher Anforderungen .....	353
bb)	Leerlaufen menschenrechtlichen Schutzes .....	354
c)	Ergebnis .....	354
3.	Rechtsvergleichende Betrachtung .....	355
V.	Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des Prozessrechts .....	357
1.	Rechtliche Voraussetzungen in Rechtsordnungen des <i>civil law</i> ...	357
a)	Ausdrückliche gesetzliche Regelung der Verwertungsfrage – das Beispiel des russischen Rechts .....	357
aa)	Rechtslage zur Zeit der Geltung des UPK RSFSR .....	357
bb)	Rechtslage nach Inkrafttreten des UPK RF .....	358
cc)	Ergebnis .....	358
b)	Lösung der Verwertungsfrage durch die Rechtsprechung angesichts fehlender gesetzlicher Regelung – das Beispiel des deutschen Rechts .....	359
aa)	Grundzüge der Revisionsrechtsprechung .....	359
bb)	Rechtsprechung im Detail .....	360
a)	Prozessrechtliche Anforderungen im Ausland weniger streng als in Deutschland .....	360
aa)	Funktionelle Äquivalenz .....	360
bb)	»Wesentliche« Abweichungen .....	361
γγ)	Grenze des inländischen ordre public .....	363
β)	Prozessrechtliche Anforderungen im Ausland strenger als in Deutschland .....	363
γ)	Auswirkungen des Verstoßes gegen ausländische Verfahrensvorschriften .....	363
cc)	Diskussion .....	364
dd)	Ergebnis .....	367

2. Rechtliche Voraussetzungen in Rechtsordnungen des <i>common law</i> .....	368
a) Gemeinsame Ansätze .....	368
b) Besonderheiten des U.S.-amerikanischen Rechts .....	370
c) Ergebnis .....	373
3. Rechtsvergleichende Betrachtung .....	373
VI. Gesamtergebnis .....	375
F. Zwischenergebnis Erster Teil und Ausblick .....	378

## Zweiter Teil

Gefährdung der prozessualen Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit durch den Primat des Staats- und Völkerrechts ...	381
--	-----

A. Stellenwert der Rechtshilfe bei der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität .....	383
I. Einführung .....	383
II. Unterscheidung zwischen grenzüberschreitender Amts- und Rechtshilfe nach Akteuren .....	384
1. Europa .....	384
a) Formeller Begriff der Rechtshilfe .....	384
b) Materieller Begriff der Rechtshilfe .....	385
c) Einbeziehung nicht-polizeilicher Amtshilfe .....	386
d) Politische Auswirkungen .....	388
2. USA .....	388
a) Historischer Hintergrund .....	388
b) Begriff der Rechtshilfe .....	390
3. Zusammenfassung und Ausblick .....	392
III. Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in Theorie und Praxis .....	395
1. Ansätze zur Theoriebildung .....	395
2. Empirische Studien zur polizeilichen informationellen Zusammenarbeit .....	398
a) Problemstellung .....	398
b) Polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzräumen Westeuropas .....	399
(aa) Euregio Maas-Rhein .....	399
(bb) Ardennen-Region .....	401
(cc) Ärmelkanal-Tunnel .....	403
c) Ergebnis .....	405
IV. Formen grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität ...	406



1. Einführung .....	406
2. <i>Intelligence-led policing</i> als Kernkonzept .....	406
3. Globale Zusammenarbeit über Interpol .....	409
4. Regionale Zusammenarbeit in Europa .....	410
a) Vertikale Kooperationsformen .....	410
aa) Westeuropa: Schengen und Europol .....	410
bb) Osteuropa: von Alma-Aty nach Ašchabad .....	412
b) Horizontale Kooperationsformen .....	415
(aa) Multilaterale Zusammenarbeit im Baltikum .....	415
(bb) Bilaterale Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa .....	417
c) Ergebnis .....	420
5. <i>International law enforcement</i> -Praxis der USA .....	420
a) Grundzüge .....	420
b) Zusammenarbeit mit Russland .....	423
6. Übertragbarkeit der Erkenntnisse aus polizeilicher Zusammenarbeit im Grenzraum auf die Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität? .....	424
V. Gesamtergebnis .....	426
 B. Regional gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminal- geografischen Raum russischer organisierter Kriminalität .....	430
I. Überblick .....	430
II. Grundlagen des verwendeten kartografischen Ansatzes .....	430
III. Europarat .....	433
1. Grundlagen des Systems der Rechtshilfebeziehungen .....	433
a) Stellenwert des Europarats .....	433
b) Sachlicher Geltungsbereich .....	434
c) Ratifikationsstand .....	436
2. Relevante »topografische« Elemente .....	437
a) Beiderseitige Strafbarkeit .....	437
b) Fiskaldelikte .....	438
c) Geschäftswege .....	438
3. Reformdiskussion .....	440
IV. Europäische Union .....	442
1. Ausgangspunkt .....	442
2. Subregionale Vertiefung innerhalb der EG bzw. EU .....	442
a) Übereinkommen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit .....	442
b) Zusammenarbeit im Rahmen des Dritten Pfeilers der EU ...	443
aa) Hintergrund .....	443
bb) Übereinkommen .....	444
cc) Gemeinsame Maßnahmen .....	445
c) Schengener Durchführungsübereinkommen .....	446

d)	EU-Rechtshilfe-Übereinkommen samt Zusatzprotokoll . . . . .	448
aa)	Hintergrund . . . . .	448
bb)	Beiderseitige Strafbarkeit . . . . .	449
cc)	Fiskaldelikte . . . . .	450
dd)	Geschäftswege . . . . .	451
e)	Ergebnis . . . . .	451
3.	Herausbildung eines Bereichs polizeilicher Rechtshilfe . . . . .	452
a)	Vorbemerkung . . . . .	452
b)	Insbesondere: Deutsch-schweizerischer Polizeivertrag . . . . .	453
aa)	Überblick . . . . .	453
bb)	Grundzüge . . . . .	454
α)	Zuschnitt polizeilicher Zusammenarbeitsbereiche . . . . .	454
β)	Verwertungsregeln . . . . .	454
γ)	Geschäftswege . . . . .	454
c)	Insbesondere: Prümer Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit . . . . .	456
aa)	Überblick . . . . .	456
bb)	Grundzüge . . . . .	456
α)	Zuschnitt polizeilicher Zusammenarbeitsbereiche . . . . .	456
β)	Verwertungsregeln . . . . .	458
d)	Bewertung . . . . .	458
4.	Konsequenzen für die Einbindung der Staaten Mittel- und Osteuropas . . . . .	459
V.	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten . . . . .	460
1.	Vorbemerkung . . . . .	460
2.	Rechtshilfезusammenarbeit im Herrschaftsgebiet der Sowjetunion . . . . .	461
a)	Entwicklung völkerrechtlicher Rechtsgrundlagen . . . . .	461
b)	Innerstaatliches Rechtshilferecht der Sowjetunion . . . . .	463
3.	Völkerrechtliche Verträge und Verwaltungsabkommen der GUS-Mitgliedstaaten zur Rechtshilfe . . . . .	465
a)	Zwischenstaatliche Übereinkommen zur Rechtshilfe . . . . .	465
aa)	Überblick . . . . .	465
bb)	Relevante »topografische« Elemente . . . . .	466
b)	Abkommen der GUS-Innenministerien über Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung . . . . .	468
aa)	Überblick . . . . .	468
bb)	Kritik aus Sicht des innerstaatlichen Rechts am Beispiel Russlands . . . . .	469
c)	Bewertung . . . . .	471
4.	Beitritt zum System der Rechtshilfebeziehungen des Europarats . . . . .	472
a)	Abgrenzung gegenüber den Rechtshilfebeziehungen im GUS-Raum . . . . .	472
b)	Nationale Vorbehalte . . . . .	475
aa)	Generelle Problematik . . . . .	475

bb) Vorbehalte am Beispiel des russischen Rechts .....	476
5. Ergebnis .....	478
VI. Zwischenbilanz .....	478
 C. Regional nicht gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminalgeografischen Raum russischer organisierter Kriminalität .....	 481
I. Vorbemerkung .....	481
II. Rechtshilfepraxis der USA .....	481
1. Historischer Überblick .....	481
2. Traditionelle Rechtsgrundlagen .....	483
a) Eingehende Rechtshilfeersuchen .....	483
aa) Historische Initiativen .....	483
bb) Gegenwärtige Rechtslage .....	485
b) Ausgehende Rechtshilfeersuchen .....	488
c) Ergebnis .....	489
3. Abschluss von bilateralen Rechtshilfeverträgen .....	490
a) Vertragsschlusspraxis .....	490
aa) Rechtshilfevertrag mit der Schweiz .....	490
α) Hintergrund .....	490
β) Bekämpfung organisierter Kriminalität .....	491
γ) Gefahr des Rückgriffs auf unilaterale <i>common</i> <i>law</i> -Instrumente .....	493
bb) Rechtshilfeverträge der »zweiten Generation« .....	494
α) Vorbemerkung .....	494
β) Italien .....	495
γ) Kanada .....	496
δ) Deutschland .....	497
ε) Russland .....	498
b) Relevante »topografische« Elemente .....	499
aa) Beiderseitige Strafbarkeit .....	499
α) Das »Ob« beiderseitiger Strafbarkeit .....	499
β) Das »Wie« beiderseitiger Strafbarkeit .....	502
bb) Fiskaldelikte .....	503
cc) Geschäftswege .....	504
dd) Ausschluss der Klagebefugnis Betroffener .....	505
4. Beteiligung an multilateral-regionalen Rechtshilfesystemen in Europa .....	 506
a) Vorbemerkung .....	506
b) Europarat .....	506
c) EU .....	507
5. Vergleich zur Rechtshilfepraxis Kanadas .....	509
a) Grundzüge der Position Kanadas .....	509
b) Bewertung .....	510

III. Rechtshilfebeziehungen im Rahmen der Vereinten Nationen .....	511
1. Mustervertrag über Rechtshilfe .....	511
2. Rechtshilfavorschriften in deliktsspezifischen Übereinkommen der Vereinten Nationen .....	512
a) UN-Suchtstoff-Übereinkommen .....	512
b) UN-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität .....	514
IV. Ergebnis der Bestandsaufnahme .....	516
 D. Stellenwert und Funktion innerstaatlicher Bewilligungsverfahren für die Rechtshilfe .....	522
I. Unterschiedliche Sichtweisen des Rechtshilferechts .....	522
1. Einheitliche Rechtsnatur der Rechtshilfe? .....	522
2. Überblick über den Diskussionsstand .....	523
a) Vergleich West- / Osteuropa .....	523
b) Deutschland .....	524
c) Schweiz .....	526
d) Italien .....	527
II. Innerstaatliche Bewilligungsverfahren in Westeuropa .....	527
1. Vorbemerkung .....	527
2. Beispiele für die unterschiedliche Ausgestaltung von Bewilligungsverfahren .....	528
a) <i>Ex ante</i> -Bewilligung durch zentrale Bewilligungsbehörden – das Beispiel Italiens .....	528
aa) Grundstruktur des Bewilligungsverfahrens .....	528
α) Eingehende Ersuchen .....	528
β) Ausgehende Ersuchen .....	530
bb) Bewertung im Rahmen der EU »peer evaluation« .....	531
b) <i>Ex ante</i> -Bewilligung durch dezentralisierte Bewilligungs- behörden – das Beispiel Deutschlands .....	532
aa) Grundstruktur des Bewilligungsverfahrens .....	532
α) Zuständigkeiten .....	532
β) Bewilligungsprüfung .....	534
γ) Rechtsprechung zur Reichweite der richterlichen Unabhängigkeit .....	535
αα) »Dienstreisefall« .....	535
ββ) »Geschäftswegefll« .....	537
bb) Bewertung im Rahmen der EU »peer evaluation« .....	539
c) <i>Ex post</i> -Bewilligung durch zentrale Bewilligungsbehörde – das Beispiel der Schweiz .....	542
aa) Grundstruktur des Bewilligungsverfahrens .....	542
bb) Inhaltliche Aspekte der Auflagenpraxis .....	545

3.	Prozessuale Vermittlung im Rahmen des Bewilligungsverfahrens?	547
a)	Rechtsvergleichende Betrachtung	547
b)	Schlussbericht zur ersten Runde der EU »peer evaluations«	548
III.	Verzicht auf Bewilligungsverfahren in den USA	549
IV.	Ergebnis und dogmatische Vertiefung	550
1.	Rechtsvergleichende Betrachtung	550
2.	Dogmatische Überlegungen	552
a)	Historischer Abriss	552
b)	Kritik im Lichte des Anliegens prozessualer Vermittlung und rechtspolitischer Ausblick	555
E.	Perspektiven einer Rückkehr zu den prozessualen Grundlagen der Rechtshilfe	560
I.	Einführung	560
II.	Effektivierung traditioneller Rechtshilfe	561
1.	Erste Ansätze	561
a)	Information über ausländisches Recht	561
b)	Austausch von Verbindungsrichtern und -staatsanwälten	561
c)	Europäisches Justizielles Netz	562
2.	Eurojust	563
a)	Politischer Hintergrund	563
b)	Ausgestaltung	565
aa)	Rechtsgrundlagen	565
bb)	Funktion und Arbeitsweise	567
3.	Bewertung	570
III.	Relativierung des traditionellen rechtshilferechtlichen Ansatzes	571
1.	Neuerungen in der polizeilichen Rechtshilfe	571
a)	Rechtsgrundlagen der automatisierten Personen- und Sachfahndung	571
b)	Ausschreibung zur Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung	572
c)	Ausschreibung von Personen als Zeugen oder Beschuldigte bzw. von Sachen zum Zwecke der Beweissicherung	573
d)	Ergebnis	573
2.	Einführung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in der EU	574
a)	Vorgeschichte	574
aa)	Politischer Hintergrund	574
bb)	Inhaltliche Konturen	575
cc)	Angleichung des mitgliedstaatlichen Prozessrechts als integrale Komponente	577
dd)	Erste Umsetzungsschritte	578
b)	Diskussionsschwerpunkte	579

aa)	Grünbuch zum strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der EG sowie zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft .....	579
bb)	Grünbuch zu Verfahrensgarantien im Strafverfahren innerhalb der EU .....	580
cc)	Weitere Vorgaben für die Diskussion .....	581
c)	Zwischenbefund und »state of play« .....	582
3.	Reichweite der EU-Kompetenz zur Angleichung mitgliedstaatlichen Strafprozessrechts .....	584
a)	Einführung .....	584
b)	Standpunkt der Kommission .....	584
c)	Positionen im Schrifttum .....	585
d)	Insbesondere: Diskussion um den Stellenwert von Art. 33 EUV .....	586
e)	Ergebnis .....	588
4.	Erste Schritte zur Umsetzung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung im Strafprozessrecht .....	589
a)	Modell »Europäischer Haftbefehl« .....	589
aa)	Vorbildfunktion .....	589
bb)	Grundzüge des Rahmenbeschlusses .....	590
α)	Effektivierung der Auslieferungszusammenarbeit ...	590
β)	Schutz der Rechtsstellung des Betroffenen .....	594
γ)	Ergebnis .....	596
cc)	Erfahrungen bei der Umsetzung in mitgliedstaatliches Recht .....	596
dd)	Zwischenergebnis .....	599
b)	Transfer auf die Situation der sonstigen Rechtshilfe .....	599
aa)	Europäische Sicherstellungsanordnung .....	599
α)	Effektivierung der Rechtshilfeszusammenarbeit ...	599
β)	Schutz der Rechtsstellung des Betroffenen .....	600
γ)	Ergebnis .....	602
bb)	Europäische Beweisordnung .....	602
α)	Relevanz und Hintergrund .....	602
β)	Ausgehende Beweisordnungen .....	604
γ)	Eingehende Beweisordnungen .....	607
αα)	Grundsätzliches .....	607
ββ)	Effektivierung der Zusammenarbeit .....	607
γγ)	Schutz der Rechtsstellung des Betroffenen .....	608
δ)	Ergebnis .....	611
c)	Zusammenfassung .....	611
IV.	Bilanz .....	612
F.	Zwischenergebnis Zweiter Teil und Ausblick .....	615

## Dritter Teil

## Konstruktion eines transnationalen Strafprozessrechts ..... 619

A.	Prozessuale Vermittlung im Rahmen überlieferter Instrumente der Rechtshilfезusammenarbeit .....	621
I.	Einführung und Begriffsklärung .....	621
II.	Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Gewinnungssituation ..	622
1.	Verpflichtende Berücksichtigung von verwertungsrechtlichen Besonderheiten des ersuchenden Staates .....	622
2.	Darüber hinaus: Grundsatz <i>forum regit actum</i> .....	623
a)	Reichweite .....	623
b)	Inhaltliche Konturen .....	624
c)	Auslegung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts .....	625
3.	Ergebnis .....	627
III.	Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Verwertungssituation ..	628
1.	Grundlagen .....	628
a)	Zwischenstaatliche Konstruktion von Verwendungs- bzw. Verwertungsbedingungen .....	628
b)	Prozessuale Beachtlichkeit zwischenstaatlicher Bindungen ..	629
2.	Spezialität als Prototyp der Verwendungsbeschränkung .....	630
a)	Zwecke des Spezialitätsprinzips im Wandel .....	630
aa)	Wahrung der Reziprozität .....	630
bb)	Koordinierung prozessualer Unterschiede zwischen <i>civil law</i> und <i>common law</i> .....	632
α)	<i>Pre-trial discovery</i> .....	632
β)	Öffentlichkeit der Hauptverhandlung .....	633
γ)	Gesetzliche Weitergabeverpflichtungen .....	634
b)	Beispiele für Verwendungsbeschränkungen in der Vertragspraxis .....	635
aa)	Innereuropäische Rechtshilfebeziehungen .....	635
α)	Westeuropa .....	635
β)	Osteuropa .....	636
bb)	Transatlantische Rechtshilfebeziehungen .....	637
α)	Vorreiterrolle der Schweiz .....	637
β)	Spätere Rechtshilfepraxis der USA .....	640
c)	Auswirkungen auf die Rechtsstellung des Beschuldigten ....	641
3.	Ansätze für Verwertungsbeschränkungen bei der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs .....	642
a)	Empfehlungen des Europarats .....	642
b)	Erweiterte Regelung im EU-RhÜbk 2000 .....	643
c)	Ergebnis .....	644
4.	Weitergehende Verwertungsbeschränkungen im Bereich des Datenschutzes .....	645
a)	Unterschiedliche Datenschutz-»Philosophien« .....	645

aa) Europa .....	645
bb) USA .....	646
b) Eingang des Datenschutzes in die europäische Rechtshilfe ...	647
aa) Art. 23 EU-RhÜbk 2000 .....	647
bb) Art. 26 des 2.ZP EuRhÜbk 2001 .....	648
c) Konflikt um den Stellenwert des Datenschutzes in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit .....	649
aa) Positionen .....	649
bb) Kooperationsabkommen USA-Europol .....	650
cc) U.S.-EU-RhAbk 2003 .....	651
5. Zusammenfassung .....	652
IV. Ergebnis .....	653
 B. Stellenwert der Menschenrechte in der Rechtshilfe- zusammenarbeit .....	655
I. Einführung .....	655
II. Hindernisse für eine menschenrechtliche Sensibilisierung der Rechtshilfeszusammenarbeit .....	655
1. Traditionelle »Menschenrechtsfreiheit« der zwischenstaatlichen Rechtshilfe .....	655
2. Abgrenzung menschenrechtlicher Schutzbereiche .....	658
a) Überkommene Abgrenzung .....	658
b) Insbesondere: Kein dem ersuchenden Staat zurechenbarer Verstoß bei Menschenrechtswidrigkeit der Vornahmehandlung .....	659
c) Insbesondere: Keine Verletzung des Rechts auf einen <i>fair trial</i> durch den ersuchten Staat .....	660
aa) im Rahmen des Bewilligungsverfahrens .....	660
bb) im Zuge der Vornahmehandlung .....	660
3. Verweigerung der Verantwortungsübernahme .....	661
a) Grundsatz der prospektiven <i>non-inquiry</i> .....	661
b) Standpunkt U.S.-amerikanischer Gerichte .....	662
c) Standpunkt kontinentaleuropäischer Gerichte .....	663
4. Zusammenfassung .....	664
III. Fragmentarischer Charakter des Menschenrechtsschutzes im untersuchten kriminalgeografischen Raum .....	664
1. Regionale Unterschiede im Niveau des völkerrechtlichen Schutzes	664
2. Unterschiede in der innerstaatlichen Wirksamkeit .....	666
a) Problemdimensionen .....	666
b) Völkerrechtliche Anforderungen an die Umsetzung von Menschenrechtsverträgen in nationales Recht .....	668
c) Nationale Ansätze im untersuchten kriminalgeografischen Raum .....	669



aa) Ausmaß der Ausrichtung auf die Spruchpraxis der Konventionsorgane .....	669
bb) Innerstaatliche Geltung .....	671
a) EuMRK .....	671
b) IPbPR .....	672
cc) Zusammenfassung .....	673
IV. Ergebnis .....	673
C. Prozessuale Vermittlung durch Einstrahlung menschenrechtlicher Schutzpflichten .....	675
I. Einführung .....	675
II. Verwertungsrechtliche Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Gewinnungssituation .....	676
1. Verwertungsproblematik vor dem Hintergrund eines auf die Gewinnungssituation orientierten <i>civil law</i> -Ansatzes .....	676
a) Grundkonstellationen .....	676
b) Auswirkung des Anlegens eines menschenrechtlichen Maßstabs .....	679
aa) Generelle Vorzüge .....	679
bb) Anforderungen im Ausland gleich streng .....	680
cc) Anforderungen im Ausland weniger streng .....	680
dd) Anforderungen im Ausland strenger .....	681
3. Ergebnis .....	682
III. Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Verwertungssituation, insbesondere aus <i>fair trial</i> -Sicht .....	682
1. Grundzüge der <i>fair trial</i> -Prüfung .....	682
a) Formeller Schutzbereich .....	682
b) Materieller Schutzbereich .....	683
2. Verwertbarkeit im Ausland rechtmäßig gewonnener Indizien ....	685
a) Recht des Beschuldigten, Fragen an den Belastungszeugen zu stellen .....	685
aa) Relevanz .....	685
bb) Weichenstellung in der EuGMR-Spruchpraxis zu Inlandsfällen .....	686
cc) Übertragung auf die Rechtshilfезusammenarbeit .....	687
a) Auskunftsperson im Ausland ist »Zeuge« im Sinne von Art. 6 Abs. 3 lit. d) EuMRK .....	687
b) Sorgfaltspflicht des ersuchenden Staates .....	687
γ) Besonders vorsichtige Beweiswürdigung. ....	689
δ) Keinesfalls als einzige Grundlage der Kognition verwertbar .....	689
b) Allgemeines Recht des Beschuldigten auf einen <i>fair trial</i> ....	690
c) Ergebnis .....	690

3. Verwertbarkeit im Ausland rechtswidrig gewonnener Indizien . . .	691
a) Überblick . . . . .	691
b) Weichenstellung in <i>Schenk v. Switzerland</i> . . . . .	693
c) Spätere Entscheidungen . . . . .	695
d) Übertragbarkeit auf die Rechtshilfe . . . . .	697
4. Zusammenfassung . . . . .	698
IV. Ergebnis . . . . .	699
 D. <i>Fair trial</i> -Standards der EuMRK in der Zusammenarbeit mit Nicht-Konventionsstaaten . . . . .	 700
I. Einführung . . . . .	700
II. <i>Fair trial</i> -wahrender Inhalt eines <i>forum regit actum</i> -Ersuchens . . . . .	700
III. <i>Fair trial</i> -wahrende Verwertungsbeschränkungen des ersuchten Staates . . . . .	 701
1. <i>Ordre public</i> -Vorbehalt als Grundlage . . . . .	701
2. Weichenstellung in <i>Soering v. United Kingdom</i> . . . . .	702
a) Zurechenbarkeit drohender Menschenrechtsverstöße durch einen Nicht-Signatarstaat . . . . .	 702
aa) Grundsätzliche Pflicht zur Verantwortungsübernahme . .	702
bb) Erfordernis der Unmittelbarkeit des drohenden Menschenrechtsverstosses . . . . .	 704
b) Relativierung von Art. 6 EuMRK in der Auslieferung- zusammenarbeit . . . . .	 705
3. Übertragbarkeit auf die sonstige Rechtshilfe? . . . . .	706
a) Problemstellung . . . . .	706
b) Diskussion . . . . .	707
aa) <i>Ius cogens</i> -Argument . . . . .	707
bb) <i>Non inquiry</i> -Argument . . . . .	708
cc) Vorhersehbarkeit . . . . .	709
dd) Effektivität der Rechtshilfeszusammenarbeit und Begünstigung des Betroffenen . . . . .	 709
ee) Auswirkungen der Verweigerung auf den Ausgangsprozess . . . . .	 710
c) Ergebnis . . . . .	711
4. Zusammenfassung . . . . .	711
IV. Ergebnis . . . . .	712
 Gesamtergebnis . . . . .	 713
Ergebnisthesen . . . . .	719
Literaturverzeichnis . . . . .	725